

**Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren im Rat der Stadt Hagen,
liebe Zuhörende,**

der vorliegende Doppelhaushalt wurde im September 2019 durch unseren
Kämmerer in seinen wesentlichen Punkten vorgestellt. In seinem Vortrag machte
er an verschiedenen Stellen klar, dass es dazu so gut wie keine Alternativen gäbe.
Ja, er ermahnte die Politik eindringlich dazu, auf weitergehende Wünsche zu
verzichten.

Mit den gleichen Worten habe ich meine Rede zum Doppelhaushalt 2018/2019
begonnen. Hat sich seitdem etwa nichts verändert? Kann ich also heute getrost
die Rede vom November 2017 auch weiter vorlesen – so, wie seinerzeit Helmut
Kohl 1986 dieselbe Silvesteransprache wie 1985 hielt - die Junggebliebenen unter
uns erinnern sich vielleicht.

Ich denke: Nein. Zum einen bin ich heute drei Jahre älter als der Altbundeskanzler
1986 bei seiner Silvester-Kopie. Aber, Scherz beiseite, es ist natürlich die
Perspektive für den jetzt vorgelegten Hagener Haushalt. Diese ist eine deutlich
andere als die von vor zwei Jahren, so dass natürlich auch andere Aspekte in den
Blickpunkt der Rede rücken.

Die Perspektive ist vor allem deswegen anders, weil im Spätsommer 2020 die
Kommunalwahlen anstehen. Da fühlt sich der Sprecher jeder politischen
Gruppierung aufgefordert mit markigen Worten zu verkünden, wo seiner Meinung
nach in Hagen zukünftig „Barthel den Most holt“. Da wird die gehaltene
Haushaltsrede eins zu eins zum Instrument der anlaufenden Wahlwerbung der

jeweiligen Gruppierung. Und genau so habe ich es beim Parteien-Trio, welches vor mir ihre Reden hielt, wahrgenommen. Sie taten es natürlich in der Hoffnung, dass die anwesende Presse ihre jeweilige Botschaft in die Stadt hinaus trägt.

Was kommt da von uns? Hagen Aktiv: Unser erstes und nach wie vor wichtigstes Anliegen ist die Förderung des stadtgesellschaftlichen Diskurses. Damit ist zum einen gemeint, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und leicht verständlich bei der Umsetzung planerischer Maßnahmen informiert werden müssen. Damit ist aber auch gemeint, dass ihnen geeignete Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt und diese ihnen auch aufgezeigt werden müssen. Insgesamt muss der Zugang zur Kommunalpolitik für die Menschen in Hagen einfach und ohne Hürden möglich sein.

Es kann doch nicht sein, dass die von Planungen betroffenen Menschen in Hagen immer erst dann informiert werden, wenn schon alles zu spät ist. Beispiele dafür – auch aktuell - gibt es zuhauf: Sei es im Bereich der erst kürzlich beschlossenen umfangreichen Änderungen bei den Buslinien, sei es bei den Verfahren um den Bau von neuen Windrädern oder sei es bei dem heute noch auf der Tagesordnung stehenden Bauvorhaben im Bereich Knippschildstraße. Immer war bzw. ist es so, dass die Bürgerinnen und Bürger erst nach fast unabwendbarer Beschlusslage informiert wurden und dann – natürlich aufgebracht - hier in die Einwohnerfragestunde kamen.

Meine Damen und Herren, das ist keine Bürgerbeteiligung, wie Hagen Aktiv sie fordert. Das darf in Hagen nicht so weiter gehen! Mit Blick auf die zurückliegende Ratsperiode kann ich nicht umhin, hier auch noch das Geschehen um das

Bauvorhaben der AWO am Deerth noch einmal zu reflektieren. Auch hier war es so, dass die betroffene Bürgerschaft in Wehringhausen zunächst nicht informiert wurde. Sie alle wissen, das im Jahr 2017 zum zweiten Einwohnerantrag in der Geschichte der Stadt Hagen geführt. Über 12.000 Einwohner - ihre Unterschriften wurden in nur wenigen Wochen nach Bekannt werden der Planungen von der Bürgerinitiative Deerth zusammengetragen - haben sich gegen den Bau einer Maßregel-Vollzugsanstalt im Stadtwald ausgesprochen. Der Tenor der Initiative: Eine Maßregel-Vollzugsanstalt in Hagen: JA, aber nicht in einem designierten Erholungsbereich.

Und wie haben die Hagener Ratsfraktionen reagiert? Mit Ausnahme von Hagen Aktiv haben sie den Einwohnerantrag der über 12.000 aus Wehringhausen nicht zugestimmt. Man kann dadurch den Eindruck bekommen, dass Bürgerbegehren, Einwohneranträge und Bürgeranträge, das sind die wesentlichen Elemente der Direkten Demokratie, in Hagen mal besser erst gar nicht zum Erfolg führen dürfen. Dahinter steckt für mich die Befürchtung, dass sich der Souverän - also die Bürgerinnen und Bürger - künftig immer öfter auf den Weg machen könnten, ihre Vorstellungen auf solchen Wegen einzufordern.

Meine Damen und Herren, sie fragen sich vielleicht, was Bürgerbeteiligung und die Instrumente der Direkten Demokratie mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 zu tun haben. Geht es da nicht im Grundsatz um die Verteilung von jährlich 750 Millionen EURO? Was soll da die Geschichte mit der Bürgerbeteiligung?

Ich will es Ihnen erklären:

Liebe Mitglieder des Rates, sie alle haben sich über drei Monate hinweg intensiv mit dem nun kommenden Haushalt auseinandergesetzt und haben darüber in ihren Fraktionen beraten – nehme ich zumindest an. Der Haushaltsplan ist ein Werk von 200 Seiten mit einer Unmenge an Grunddaten, Tabellen, Graphiken usw. Dazu kam später noch die so genannte Veränderungsliste, die natürlich ähnlich strukturiert ist, wie der Haushaltsplan. Das waren noch einmal 184 Seiten. Sie stimmen mir sicherlich zu, wenn ich sage: Eine verdammt schwierige Materie. Ich gebe unumwunden zu, dass es ohne Hilfe für mich unmöglich ist, dieses Zahlenwerk in der Tiefe zu durchdringen, gleichwohl ich mich viele Stunden damit aufgehalten habe. Ich denke, den weitaus meisten von Ihnen erging es ähnlich.

Und genau hier sehe ich die Nahtstelle zur oben angemahnten frühen Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern bzw. zur Direkten Demokratie: Wenn schon die regelmäßig damit betrauten Mandatsträger Haushaltsplanentwürfe nicht wirklich verstehen, wie soll es der einzelne Bürger können und auf welchem Weg kann er sich im Vorfeld mit Ideen und Vorschlägen einbringen. Letztendlich geht es doch um die Menschen die hier leben, da sollten diese doch auch die Möglichkeit haben, sich zumindest zu Wort zu melden.

Sicherlich, es gibt genaue Vorschriften entlang welcher so ein Haushalt geschrieben werden muss. Da kommt auch der Kämmerer nicht umhin, den Haushalt als eine Art von „Zahlenschungel“ vorzulegen. Dennoch müsste es doch möglich sein, Wegweiser durch diesen Dschungel in bürgerverständlicher Sprache einzupflegen – vielleicht als beigefügtes Zusatzwerk für Bürgerinnen und Bürger. Am Ende des Tages entstünde auf diesem Weg so etwas wie ein Bürgerhaushalt.

Dieser hat sicherlich eine deutlich höhere Akzeptanz, als ein mehr oder weniger diktiertes Zahlenwerk.

Hagen Aktiv hat das Problem mit den Haushaltszahlen auch in diesem Jahr übrigens wieder so gelöst, dass wir uns der Hilfe des Kämmerers versichert haben, den wir schon frühzeitig zu unseren Offenen Fraktionstagen im November eingeladen hatten. Er hat uns ausführlich erklärt, worum es im Einzelnen geht. Das hat uns schließlich in die Lage versetzt, dem nun vorliegenden Doppelhaushalt zustimmen zu können. Wir stimmen zu, auch wenn wir einzelne Positionen vorfinden, die nach unserer Vorstellung hätten anders gelöst werden müssen, wie z. B. der Einsatz von 16 Waste Watchern. Dadurch sind die Gebühren für die Müllentsorgung - völlig unnötig - um fast 15 Prozent in die Höhe geschnellt.

Besonders positiv ist in unseren Augen aber, dass für Digitalisierung und Breitbandausbau im Stadtgebiet in den nächsten zwei Jahren 35 Millionen EURO eingestellt wurden.

Ebenso positiv auch, dass im Bereich Mobilitätswende rund acht Millionen Euro bereitgehalten werden für den Ausbau von ÖPNV und Radwegenetz. Auch wenn hier der Wurf noch etwas größer hätte ausfallen können.

Immer noch positiv werten wir auch den Einsatz für den Bürgerplan zur Entwicklung der Stadt Hagen, auch ISEK oder Hagen 2035 genannt. Hier finden wir allerdings, dass eine halbe Million EURO an Planungsmitteln als Starthilfe deutlich zu kurz gesprungen sind.

Und dann gibt es da ja auch noch die Planungen zur Entwicklung des Naherholungsgebiets Hengsteysee. Für den Seepark Hengstey - das ist da, wo das Strandhaus am Freibad Hengstey steht -, hält der kommende Haushalt etwas mehr als eine halbe Million Euro an Planungsmitteln bereit. Erste Vorbereitungen sind dazu wohl schon getroffen. Jedenfalls sind die bisherigen Betreiber dort ausquartiert worden. Auch das Seegeflüster, was an dieser Stelle noch vor einigen Jahren stattfand, ist damit wohl leider endgültig Geschichte. Man darf gespannt sein, inwiefern das neue Konzept mit Übernachtungsmöglichkeiten für Fahrradreisende eine Standortaufwertung darstellt und den Bereich am Hengsteysee tatsächlich als Naherholungs- und Freizeitgebiet aufwertet.

Hagen Aktiv hält in diesem Zusammenhang übrigens die endgültige Aufgabe des Seegeflüsters – also eines Open Air Konzertwochenendes am Hengsteysee – für sehr bedauerlich. Wir haben uns mit Blick auf die kommende Wahl ein Konzept überlegt, welches das ehemals erfolgreiche Seegeflüster unter Umständen auch in anderer Form wieder neu beleben kann. Aber das gehört sicher nicht hierher sondern eher in den anstehenden Wahlkampf.

Meine Damen und Herren, Hagen steht perspektivisch vor großen Aufgaben bzw. Herausforderungen: Sei es die Integration von zuwandernden Menschen aus Südosteuropa und von Asyl suchenden Flüchtlingen aus Krisengebieten, sei es der Beitrag zur Abwendung des globalen Klimawandels durch Minderung der Emissionen klimawirksamer Gase vor Ort oder sei es die Abwendung des ebenfalls globalen Problems der schwindenden Biodiversität, welches sich in unseren Breiten im Wesentlichen durch das Insektensterben bemerkbar macht.

Zu all diesen Problemkomplexen haben wir in Hagen im Regelfall schriftlich fixierte Konzepte, die der Umsetzung harren, bis die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden können. In Sachen Integration mangelt es z. B. an Geld für Plätze zur Sprachförderung der Kinder im Vorschulalter - und Plätze in KITAs und Grundschulen obendrein. In Sachen Klimawandel fehlen eklatante Finanzmittel um z. B. nur den Modal Split bei der Mobilität in Richtung Klimaneutralität zu lenken. In Sachen Biodiversität schließlich gab es bis zur heutigen Sitzung im Haushalt der Stadt noch nicht einmal Mittel für einen Beauftragten für Artenschutz, der zumindest die notwendigen Maßnahmen im Hagener Stadtgebiet aufzeigen könnte und der sich für entsprechende Fördermittel einsetzen würde. Dieser Mangel wird jedoch heute durch einen entsprechenden Hagen Aktiv-Antrag behoben.

Der jetzt vorliegende Haushalt hält für alle drei dieser Problembereiche zwar Mittel für erste Verbesserungen bereit. Allerdings kann und darf es nicht bei diesen Ansätzen bleiben. Mit einem Feigenblatt – und mehr sind die in den Haushalt dafür eingestellten Mittel für mich nicht – ist es nicht getan. Ich weiß, vor dem Hintergrund einer Nothaushaltskommune wie Hagen, sind diese Forderungen eine kaum zu stemmende Last. Dennoch sollten wir hier am Ball bleiben und die Flinte nicht ins Korn werfen. Wie schon 2014, als wir vor Grundschulschließungen gewarnt hatten, hat Hagen Aktiv im Kontext der genannten Problemfelder ein besonderes Augenmerk auf den Kindergartenbedarfsplan sowie auf den kommenden Schulentwicklungsplan. Hier darf nach unserer Meinung zukünftig kein Kind mehr durchs Raster fallen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluss meiner Rede noch einen Blick auf den von mir seit 10 Jahren geleiteten Ausschuss für Beschwerden und

Anregungen. Das ist der Ausschuss, welcher Bürgeranträge nach § 24 Gemeindeordnung bearbeitet – also wieder Direkte Demokratie. Hier bin ich, ebenso wie die Ausschussmitglieder der anderen Fraktionen, mit Problemen von Bürgerinnen und Bürgern befasst, die wir oftmals nicht lösen können. Der Grund ist oftmals die fehlenden Mittel. Gleichwohl hören wir den einzelnen Beschwerdeführern aufmerksam zu, die ihr Ansinnen in aller Regel vehement vortragen. Nur vergleichsweise selten kamen bislang Bürgerinnen und Bürger mit Anregungen zu uns in den Ausschuss. Um diese Situation zu ändern und um die Menschen unserer Stadt dazu zu animieren, sich mit ihren Anregungen am Leben in unserer Stadt zu beteiligen, habe ich seit 2016 dafür geworben, ein Preisgeld für eine brauchbare Anregung auszuloben.

Diesen Bürgerpreis in Höhe von 500 € gibt es ja nun in einer Probephase – wenn auch nach einigen zum Teil heftigen Geburtswehen. Ich denke, bei einem jährlichen Haushaltsvolumen von rund 750 Millionen € sind 500 € als Belobigung für eine gute Bürgeranregung eher zu wenig und fallen im Haushalt gar nicht auf. Natürlich gibt es hier im Rat auch immer die Kräfte, die sich mit einer Mehrheitsentscheidung nicht abfinden können und versuchen durch unsachliches Nachkarten Aufmerksamkeit bei den Medien zu erreichen. Ich lasse das hier einmal dahingestellt und möchte lieber einen Vorschlag für einen ersten würdigen Preisträger machen. Ich finde, dass die Klimaaktivisten von Fridays for Future den ersten Bürgerbeteiligungspreis verdient hätten.

Ich danke allen Zuhörenden für Ihre Aufmerksamkeit